

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 23. März 2022

Birte Pauls:

Jamaika darf die Träger der sozialen Arbeit und die Kommunen jetzt nicht alleine lassen!

TOP 45+47: Bericht der Landesregierung zur Situation der Geflüchteten aus der Ukraine in Schleswig-Holstein sowie Geflüchtete Kinder besser unterstützen (Drs. 19/3737, 19/3739)

„Wir wissen noch nicht, welche Auswirkungen die aktuellen Kriegs- und Fluchterlebnisse auf die Kinderseelen haben. Aber es sind noch viele Menschen am Leben, die zwischen 1930 und 1945 auf die Welt gekommen sind. Die sogenannten „Kriegskinder“. Geboren und aufgewachsen in Hitlers Deutschland. Ihnen jetzt zuzuhören hilft einzuordnen, was uns erwartet. Die Erlebnisse haben zum Teil ihre Lebensgeschichte geprägt. Einige leiden an schweren Traumata. Auch im hohen Alter können sich noch ganz plötzlich die Folgen zeigen. Angesichts der furchtbaren Bilder und Geräusche aus der Ukraine kocht das Erlebte für sie wieder hoch.

Was die Kinder, die vor Krieg, Mord und Zerstörung geflüchtet sind, jetzt neben Unterkunft, Verpflegung und Kleidung brauchen, ist Stabilität, Ruhe, Vertrauen und kindgerechte Angebote. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie brauchen Platz zum Spielen aber auch pädagogische Begleitung. Die Sorgen der Mütter um in der Ukraine kämpfenden Männer und Familienangehörige überträgt sich auf die Kinderseelen. Um sie vor dauerhafte Belastung zu schützen, brauchen sie den Raum unbeschwert Kind sein zu dürfen.

Geflüchtete Kinder haben grundsätzlich ein Recht auf Förderung der frühkindlichen Bildung. Dazu braucht es jetzt sehr viele kreative Ideen. Denn eins ist klar. Die Situation in den Kitas ist schon ohne Corona prekär. Es fehlt überall an Fachpersonal. Eine zusätzliche Belastung des Personals wird zu einer weiteren Flucht aus dem Beruf führen. Das können wir uns nicht leisten.

Das Land muss mit Kommunen und Trägern alle notwendigen Fragen erörtern und einvernehmlich klären. Dabei muss das Kindeswohl aller Kinder im Mittelpunkt stehen. Denn auch die hier lebenden Kinder haben nach Corona erheblichen Aufholbedarf. Der Bedarf an psychotherapeutischen Angeboten ist enorm. Es gilt, verschiedene Möglichkeiten auszuloten.

Es kann jedenfalls anfänglich niedrigschwellige Angebote wie Spielkreise und Spielgruppen oder kindergartenähnliche Gruppen geben, die auch von den ukrainischen Müttern begleitet werden. Denn eine sprachliche und kulturelle Identität wird für die Kinder anfänglich hilfreich sein. Aber eine Erhöhung der Gruppengröße in Kitas ist nur mit zusätzlichem Personal zu leisten. Es darf nicht das Ziel sein, Qualitätsstandards durch die Hintertür wieder aufzuheben. Wir müssen uns bewusst sein, dass hochbelastete Kinder in ein belastetes System kommen. Daher ist Entlastung an jeder Stelle von Nöten.

Ich sehe aber auch noch ein ganz anderes Problem auf uns zukommen. Wer sich die Bilder der Flucht genauer anschaut, stellt fest, dass ja nicht nur gesunde junge Frauen mit ihren Kindern auf dem Weg sind, sondern auch sehr viele Ältere mit Hilfe- und Pflegebedarf und Menschen mit Behinderungen. Da Putin keine Gnade kennt, nimmt seine Armee auch zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser, Waisenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen leben, unter Beschuss. Ganze Einrichtungen machen sich auf den Weg. Für die Versorgung dieser Menschen, die ohne Hilfe nicht auskommen, sehe ich weit und breit keinen Plan dieser Landesregierung. Während der Katastrophenschutz krisenstabsmäßig von oben bis zum Helfer vor Ort durchorganisiert ist und jeder weiß, was er zu tun hat, ist die pflegerische Versorgung quasi dem freien Markt überlassen. In allen Bereichen der Pflege und der sozialen Arbeit fehlen uns die Fachkräfte. Wer soll diese Menschen mit Hilfebedarf versorgen und wo?

Die häusliche Pflege nimmt zwar in der Ukraine einen noch größeren Teil ein, als hierzulande. Die mitgereisten Angehörigen können sicherlich helfen. Aber auch dafür braucht es Raum und Unterstützung und einen Plan! Den scheint diese Landesregierung an dieser Stelle nicht zu haben. Die Landesregierung darf die Träger der sozialen Arbeit und die Kommunen nicht mit dieser Aufgabe alleine lassen. Diese Herausforderung werden wir nicht mit diesem wunderbaren freiwilligen Engagement, das wir gerade wieder erleben, begegnen können. Es braucht eine sehr enge Abstimmung mit allen Trägern der sozialen Arbeit, um die Versorgung dieser Menschen zu organisieren. Ich bedanke mich bei allen Haupt- und Ehrenamtlichen und Freiwilligen, die sich an vielen Stellen um ein gutes Ankommen der Geflüchteten bemühen.“